

Erfahrungen im Umgang mit dem Erbe der SED-Diktatur in Ostdeutschland nach 1989

Apel, Hans

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Apel, H. (2006). Erfahrungen im Umgang mit dem Erbe der SED-Diktatur in Ostdeutschland nach 1989. *Totalitarismus und Demokratie*, 3(1), 99–110. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-311918>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

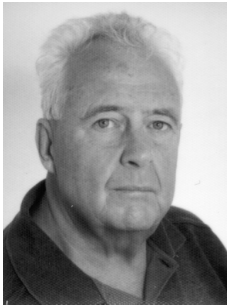
Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Erfahrungen im Umgang mit dem Erbe der SED-Diktatur in Ostdeutschland nach 1989

Hans Apel



Prof. Dr. Hans Apel, geb. 1932 in Hamburg. Honorar-Prof. im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Rostock (Anschrift: Rögenfeld 42c, 22359 Hamburg). Studium der Wirtschaftswissenschaften in Hamburg, Dr. rer. pol. 1960; 1965–1990 Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD); 1972–1974 Parlamentarischer Staatssekretär für

Europafragen im Auswärtigen Amt, 1974–1978 Bundesminister der Finanzen, 1978–1982 Bundesminister der Verteidigung; Mitglied des Freundeskreises des Hannah-Arendt-Instituts.

Abstract

The former federal finance and defence minister (under Federal Chancellor Helmut Schmidt) went to the Lausitz area as representative of the *Treuhand* Agency in 1990, when he became chairman of the supervisory board of the energy supplier *Energiewerke Schwarze Pumpe*. Later he was also chairman of the supervisory board of the *Lausitzer Braunkohle AG* and the *Lauchhammer GmbH*. His memoirs cast a cut-outlook onto the deep economic and political transformation processes in the rebuilding phase in East Germany.

I.

Am 9.10.1989 beginnt die friedliche Revolution mit einer machtvollen Demonstration in Leipzig.¹ Erst drei Wochen später versucht das Neue Forum in Hoyerswerda, dem politischen und gesellschaftlichen Herz des Lausitzer Braunkohlerevierts, eine erste Kundgebung. Die Beteiligung soll mäßig gewesen sein. In jedem Falle nehmen keine Vertreter aus dem Kombinat Schwarze Pumpe daran teil. Das bleibt auch so bis zur Wende. Im Kombinat bleibt alles ruhig.

Verständlich ist das. Der SED-Staat hatte in Hoyerswerda eine neue Stadt hochgezogen mit einem für die DDR qualitativ hohen Standard. Auch das lockt von überall her insbesondere junge Arbeitnehmer an. Hier soll sich eine sozialistische Gesellschaft in einer sozialistischen Stadt entwickeln. So weit her kann es damit allerdings nicht gewesen sein. Brigitte Reimann, die längere Zeit am Aufbau von Hoyerswerda als Mitarbeiterin von Schwarze Pumpe beteiligt war, schildert in ihrem 1974 in Ostberlin erschienenen Roman „Franziska Linkerhand“

1 Dieser Beitrag stützt sich im Wesentlichen auf: Hans Apel, *Zerstörte Illusionen, meine ostdeutschen Jahre*, Stuttgart / München 2000.

das Leben in Hoyerswerda. Sie spricht von „Schlafkammern aus Beton“, von „Komfort-Kasernen“, von „jahrelang ungepflasterten Plätzen“, den „nächtlichen Überfällen“. „Es gibt Abende, sagte ich, an denen die Luft knistert [...] eine Spannung, die mir bange macht wie nahendes Gewitter [...]. Die Älteren vorm Fernseher. Kein Kino-Freitag. Kein Tanzabend in diesem Bumslokal in der Altstadt. Die Halbstarken an einer Straßenecke, die gelangweilten Mienen trotz Kofferheule, trotz der zottigen Mädchen. Gelangweilt? Ich weiß nichts von ihnen, nicht, was sie denken und reden – wenn sie überhaupt mal reden –, spüre bloß, es bereitet sich was vor.“²

II.

Das Kombinat Schwarze Pumpe hat eine eigene SED-Kreisleitung. Zusammen mit dem FDGB herrscht die Partei. Sie bestimmen über den beruflichen Aufstieg der Kollegen. Sie verteilen die Ferienplätze des Kombinats. Dem Kombinat gehören ein eigenes Theater, Polikliniken, viele Werkswohnungen, Sportstätten und ein Fußballverein, die Kindergärten. Es organisiert den Personenwerksverkehr. Da ist es schon zweckmäßig, aktives SED- und FDGB-Mitglied zu sein. Außerdem werden DDR-Spitzenlöhne gezahlt, mindestens 15 v. H. über dem Durchschnitt. Und „totarbeiten“ muss man sich nicht.

III.

Die Lausitz, zusammen mit dem mitteldeutschen Braunkohlerevier, war das energiepolitische Herz der DDR. Ohne ihre Strom-, Stadtgas-, Briketterzeugung stehen in der DDR alle Räder still. Über 80 v. H. der DDR-Stromerzeugung kommen aus Braunkohlekraftwerken. Das Stadtgas geht in ein DDR-weites Rohrnetz. Die Haushalte werden fast ausschließlich mit Brikett geheizt, große Wohnanlagen mit dem Einsatz von Rohbraunkohle in Heizkraftwerken. 77 000 Menschen arbeiten in der Lausitz bei der Braunkohle. Heute sind es noch rund 7 000 Arbeitnehmer.

Jeden Morgen, mitten in der Nacht, werden die Produktionszahlen nach Ostberlin gemeldet, auch an das ZK der SED. Was den Zustand der Produktionsanlagen anbelangt, werden potemkinsche Dörfer aufgebaut. Denn Investmittel gibt es nicht. Der Verschleiß nimmt zu. Da heißt es: improvisieren. Berlin will nur Erfolgswahlen hören. Vielen Arbeitern wird dieser Niedergang deutlich vor Augen geführt. Die Arbeitnehmer datieren den beginnenden Verfall ihrer Produktions-

2 Brigitte Reimann, Franziska Linkerhand, München 1977, S. 511.

anlagen auf die Jahre 1983 bis 1985. Doch sie machen die Augen fest zu und absolvieren ihre Pflichtlexionen in „Marxismus-Leninismus“ ohne Murren im Kollegenkreis. Die Diskrepanzen zwischen den Parolen und der Realität aus dem Westfernsehen, der Schlüsselwährung DM werden immer größer.

Doch in meinen vielen Gesprächen lerne ich: Wie im Westen hat niemand mit dem Untergang der DDR gerechnet. Die Schuld für alle Probleme und Missstände tragen vor allem die inkompetenten und senilen Führungskader. Typisch sind dafür die Ausführungen eines angesehenen Arbeitnehmervertreters auf einer Belegschaftsversammlung am 4.12.1989: „Machen wir endlich Schluss mit denen, die unser einst so stolzes kleines Land in eine Lawine des Betruges, der Korruption und der Lüge geführt haben.“ Immer wieder wird so argumentiert. Das soll wohl einerseits die Vielen von der Mitverantwortung für den Niedergang der DDR befreien. Andererseits bleiben sie die Antwort schuldig, wenn ich sie anspreche auf den verbreiteten Schlendrian in den Betrieben und die allgemein sichtbaren Zeichen für den Niedergang ihres Landes.

Sie sind davon überzeugt: Die erforderlichen Reformen lassen sich innerhalb des Systems durchsetzen. Die Idee des Sozialismus ist gut. Die DDR verkörpert für sie diese Idee. Und: „Uns geht es doch gut!“ Bürgerrechte und Meinungsfreiheit spielen bei den meisten von ihnen keine bedeutende Rolle. Insofern ist die friedliche Revolution in der DDR in der Tat vor allem eine Angelegenheit der Großstädter gewesen.

IV.

Nach der Wende wird es auch im Kombinat Schwarze Pumpe und den anderen Braunkohle-Kombinaten der Lausitz lebhaft. Redner fordern auf Betriebsversammlungen, dass alle „unproduktiven“ Arbeitskräfte in allen Abteilungen und auf allen Ebenen „abgeschafft“ und der Produktion zugeführt werden. „Dazu zählen wir FDJ-Sekretäre, die Abteilungsgewerkschaftsleitungen, Vorsitzende, Parteisekretäre, so genannte wissenschaftliche Mitarbeiter, Beauftragte der Zivilverteidigung und viele andere mehr. [...] Weiterhin halten wir es für erforderlich, alle gesellschaftlichen Aktivitäten außerhalb der Arbeitszeit zu verlegen. Dazu gehören Ausbildungsmaßnahmen der Kampfgruppen, der Zivilverteidigung, der Gesellschaft für Sport und Technik, Reservistenmärsche oder Versammlungen aller Art.“

Doch es bedarf keines besonderen Drucks. Die Funktionäre wollen nicht kämpfen. Sie sind opportunistisch, räumen Anfang Dezember kampfflos ihre Bastionen im Betrieb. Ihre Feigheit macht den Wortführern der Wende Mut. Die Macht der Partei und ihrer Hilfsorganisationen ist ohne eigene Kraftanstrengungen gebrochen. Die „Nichtstuer“, „Faulpelze“, „Vorteilsjäger“, „Einmischer“ fliegen raus.

Die SED-Kombinatsleitung Schwarze Pumpe will retten, was zu retten ist. Generaldirektor Richter, Mitglied des ZK der SED, will für Ordnung sorgen. So kommt es am 14. November – Tage nach der Öffnung der Berliner Mauer – zu einer denkwürdigen Kundgebung in Hoyerswerda im Haus der Berg- und Energiearbeiter.

Trotz der Beteiligung von Arbeitnehmern des Kombinats bestimmen die Neugierigen und die Aktiven des Neuen Forums den Ablauf. Richter wird immer wieder unterbrochen und ausgebuht. Er hat vorsichtshalber hinter dem Haus Einheiten der Kampfgruppen aus dem Betrieb aufmarschieren lassen. Die Demonstranten wollen wissen, ob das stimmt. Richter leugnet das. Das kann dem Ansehen des Generaldirektors nicht guttun. Wichtiger ist aber, dass die Genossen nicht in der Lage sind, den massiven Vorwürfen der Demonstranten zu begegnen. Sie hatten zu keinem Zeitpunkt ihres politischen Lebens gelernt, sich mit berechtigten oder gar unberechtigten Vorwürfen ihrer Mitarbeiter – besser ihrer Untergebenen – auseinanderzusetzen. Die Betriebs- und Parteiversammlungen genau wie die Zusammenkünfte der Gewerkschaften werden präzise vorbereitet. Fragen werden bestellt. Die Antworten sind längst vor Versammlungsbeginn formuliert. Die Schau kann beginnen. Wenn man lange genug so „regiert“, glaubt man am Ende selbst an seine eigene Unfehlbarkeit.

Und nun werden die Bürger aufmüpfig. Sie protestieren und widersprechen ihren alten Herren. Die Genossen der SED glauben, man müsse nur die führenden Genossen opfern und es könne ein Neubeginn möglich sein nach dem Motto: „Alter Wein in neuen Schläuchen“. Mit entsprechendem Druck werden die SED-Oberen in Hoyerswerda und im Kombinat zur Aufgabe ihrer Ämter gezwungen. Neue Leute sollen übernehmen und durch solche Bauernopfer die aufgebrachten Bürger beruhigen und versöhnen. Doch das funktioniert nicht.

V.

Nach dem Fall der Mauer und der Entfernung der SED-Funktionäre aus dem Kombinat kommen die Dinge in Bewegung. Die Parteipolitik spielt dabei keine Rolle. Anfang Januar 1990 wird in Hoyerswerda die SDP, die Vorläuferin der Ost-SPD, gegründet. Ein Geburtsfehler war es, die Partei nicht für SED-Mitglieder zu öffnen. Viele wären gekommen, um allzugern die neuen Grundwerte zu übernehmen. Das hätte die SPD gestärkt. Auf die innere Entwicklung des Kombinats hat sie keinen Einfluss. Das bleibt auch so. Eine Arbeiterpartei ist die SPD im Osten eben nicht. Der Kampf um die Macht findet im Kombinat auf Gewerkschaftsebene statt.

Ohne größere Anstrengungen der Opposition fällt das Machtgebäude der SED und mit ihm das des FDGB wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Massweise verlassen die Arbeitnehmer des Kombinats die SED und ihre Satelliten-

organisationen. Herbert Richter, der Generaldirektor des VEB Gaskombinats Schwarze Pumpe, sagt am 13. November 1989 auf der 11. Sitzung des ZK der SED: „Genosse Krenz, am Sonnabendvormittag ist der 1. Kreisleiter unserer Industriekreisleitung zurückgetreten, gestern [...] das gesamte Sekretariat. Die Genossen wissen nicht mehr, wofür sie einstehen sollen, wohin die Reise gehen soll.“

Am 3. Dezember 1989 auf der 12. Tagung des ZK der SED erklärt der Genosse Generaldirektor: „Ich hatte am Freitag eine Delegiertenkonferenz in unserem Betrieb. Es war eine sehr heftige Delegiertenkonferenz. [...] Aber am Ende stand ein Punkt: Es ist noch nicht alles verloren. Wir sind noch da, um zu kämpfen.“

VI.

Obwohl die Arbeitnehmer des Kombinats über Jahrzehnte im alten Trott und dabei nicht schlecht gelebt haben, unterschreiben 5 000 von ihnen auf Anhieb den Gründungsauftrag „Gewerkschaftsinitiative gegen den FDGB und seine Machtpositionen im Betrieb“. Durch Gewerkschaftswahlen wird die Macht der alten Kader gebrochen. Die Kollegen haben Zivilcourage, weil sich die alte Zeit und ihre Vertreter aus dem Staub machen. Da will niemand mehr „kämpfen“, wie es der Genosse Generaldirektor im ZK verspricht. Man war über die Jahre mürrisch geworden und hatte den Glauben an den Sozialismus schrittweise verloren. Jetzt geht es nur noch darum, auch unter den neuen Vorzeichen zu überleben. Die SED-Führungsspitze löst sich in Nichts auf.

Das Machtvakuum ist perfekt. Die Zentralmacht der DDR in Berlin unter den Ministerpräsidenten Hans Modrow und Lothar de Maizière taumelt der deutschen Einheit entgegen. In den Kabinetten sitzen zwar so genannte Fachminister, so der „Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit“. Doch welche politischen Signale soll er eigentlich in Richtung des Kombinats Schwarze Pumpe senden? Die alte zentrale Planwirtschaft hatte ihr Leben ausgehaucht. Die deutsche Einheit ist nicht mehr aufzuhalten. Doch was bedeutet die neue Wirtschaftsordnung für die Fortführung der wirtschaftlichen Aktivitäten von „Schwarze Pumpe“? Die Briefe nach Berlin und die Antworten an das Kombinat beweisen die politische Hilf- und Perspektivlosigkeit auf beiden Seiten. Also macht man auf der Produktionsseite weiter so wie bisher.

Am 1. März 1990 überträgt die Regierung Modrow das Volkseigentum der DDR zur treuhänderischen Verwaltung an die Treuhandanstalt. Sie wird durch den Einigungsvertrag zu einer rechtsfähigen bundesunmittelbaren Anstalt des öffentlichen Rechts. Das Kombinat hat einen neuen „Eigentümer“. Doch das bedeutet für viele Monate überhaupt nichts.

Das Machtzentrum in den letzten Wochen des Jahres 1989 und den ersten Monaten 1990 ist der neue Gewerkschaftsvorstand im Kombinat. Er macht keineswegs Tabula rasa. Die Neuen brauchen die alten Kollegen für die gemeinsame Arbeit und die Durchsetzung ihrer Beschlüsse. Ansehen und Persönlichkeit entscheiden, nicht das frühere Parteibuch. Mit „Renegaten“ lässt sich trefflich zusammenarbeiten. Der alte Herrschaftstrott verschwindet, nicht die bisherigen Weggefährten.

VII.

Woher kommen diese neuen Gewerkschaftsführer? Eine Reihe dieser „Jungen“ kommen aus demselben „Stall SED/FDGB“ wie die bisherigen Funktionäre. Die Karriere von Klaus D. ist symptomatisch. Er wird im Sommer 1987 als Arbeitnehmer des Kombinats delegiert an die „Gewerkschafts-Hochschule Fritz Heckert“ in Berlin, um dort drei Jahre zu studieren. Als junger Mann hatte er sich im Betrieb im Rahmen der Gewerkschaftsarbeit bewährt, für die SED ist er ein zuverlässiger Genosse. Im November 1989 ist sein Studium in Berlin vorzeitig zu Ende. Im Wirbelwind der Demonstrationen verschwinden die Professoren. Die Lehrtätigkeit ist zu Ende. D. kehrt in die Lausitz zurück.

Die zentrale Betriebsgewerkschaftsleitung auf der Ebene der Leitung des Kombinats (ZBGL) muss ebenso neu besetzt werden wie die vielen Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) vor Ort. Klaus D. übernimmt eine zentrale Rolle. „Wir hatten keine Zeit zur Vergangenheitsbewältigung. Für uns war es nicht interessant, ob jemand Mitglied der SED gewesen war. Wir hatten die kompromitierten Vorsitzenden weggejagt. Nun mussten wir ran.“

Eine ganz andere politische Vita hat Wolfgang B. Er spielt eine wichtige Rolle in der neuen Gewerkschaftsführung. B. war nicht bereit, der SED beizutreten. Damit war für ihn ein Aufstieg in Führungspositionen nicht möglich. Er arbeitete als Abschnittsleiter in der elektrischen Instandhaltung der Brikettfabrik Ost und lebte dennoch in den Jahren vor der Wende gut. Denn B. spezialisierte sich in seiner Freizeit zusammen mit anderen auf den Bau von Garagen. Und an ihnen herrschte in der DDR ein großer Mangel. Schließlich war das eigene Auto ein ganz besonderer Wertgegenstand, ein Statussymbol, auf das man viele Jahre gewartet hat. Dieses Statussymbol musste durch eine eigene Garage geschützt werden. Und von staatlichen Stellen, von den Baukombinaten, war da nichts zu erwarten.

B.s „Garagengemeinschaft“ war eine eingetragene Bürgergemeinschaft. Die meisten seiner Mitstreiter arbeiteten im Kombinat, viele erwarben ihre Qualifikation zum Maurer, Betonierer oder Dachdecker erst auf B.s Baustellen. Die künftigen Eigentümer der Garagen arbeiteten mit. Die Feierabendarbeit besetzte die Einkommen deutlich auf.

Die Materialien – Zement, Dachkassettenplatten, Dachpappe – wurden in den Firmen als zusätzliche Konsumgüter produziert. Diese beachtliche Überproduktion wurde von B.s Garagentgemeinschaft aufgekauft. Auch das Kombinat Schwarze Pumpe musste ständig höhere Planaufträge für die Konsumgüterproduktion erfüllen. So konnten die Garagentore, die Dachentwässerung und die Bewehrungskörbe völlig legal im Kombinat nach Feierabend gefertigt werden.

Auf B.s Baustellen gab es keine Stillstände, keine Behinderungen. Alles war vorhanden. Die staatliche Baugenehmigung erforderte allerdings die Zustimmung von über 20 Behörden. Da musste häufig nachgeholfen werden mit der Frage: „Braucht ihr keine Garagen?“ Das Geschäft florierte. Sein Diensttelefon im Kombinat war ein entscheidendes Mittel für seine beachtliche unternehmerische Leistung. Die Kommunisten versuchten wiederholt, diese Aktivitäten als so genannte fehlgeleitete gesellschaftliche Initiativen zu stören und zu stoppen. Da sie jedoch nur papierne Resolutionen auf ihren Parteitag, aber eben keine Garagen bereitstellen konnten, mussten sie immer wieder zähneknirschend klein begeben.

Wir wissen heute, dass nur dieser Zweitmarkt die Wirtschaft der DDR halbwegs hat funktionieren lassen. Die starre Planwirtschaft war eben nicht in der Lage, speziellen Bedarf und plötzlich auftretende Engpässe zu decken. Dieses Beispiel, das für viele ähnliche steht, zeigt, wie absurd die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der DDR war.

VIII.

Es ist erstaunlich und bisher nur unzureichend gewürdigt, was diese jungen Leute in dieser Übergangsphase geleistet haben. Keiner von ihnen spielt allerdings nach der Konsolidierung im Betrieb noch eine bedeutende Rolle. Ihr Einsatz ist vor allem in drei Richtungen gefordert: den Betrieb funktionsfähig zu halten, allen Forderungen nach Streiks entgegenzutreten, den personellen Kahlschlag im Betrieb zu verhindern.

Ende November 1989 ruft das Neue Forum zum Generalstreik auf. Der Gewerkschaftsvorstand verhindert die Beteiligung des Kombinats. Er macht Streiks von seiner Zustimmung abhängig. Damit sind Positionen besetzt, die den politischen Einfluss von außen auf das Kombinat abblocken. Sie sind aber auch für künftige innerbetriebliche Auseinandersetzungen von Bedeutung. Denn in den kommenden Monaten wollen immer wieder Betriebsteile streiken, um partikuläre Interessen durchzusetzen. Das aber kann nun massiv verhindert werden. Das Kombinat kann seine Verbundproduktion ungestört fortführen. Das verdankt es dem Gewerkschaftsvorstand, dem späteren Gesamtbetriebsrat und seiner Be-

reitschaft, im politischen Chaos Verantwortung zu übernehmen und Führungskraft zu vermitteln.

IX.

Als ich im Herbst 1990 als Aufsichtsratsvorsitzender der Energiewerke Schwarze Pumpe für die „Treuhand“ in die Lausitz komme, hat sich an dieser Situation nur wenig geändert. (Später werde ich auch AR-Vorsitzender der Lausitzer Braunkohle AG und der Lauchhammer GmbH.) Nur die Rechtsform dieser Kombinate hatte sich durch das „DM-Bilanzgesetz“ der Volkskammer geändert. Die zum 1. Juli 1990 aufzustellenden Eröffnungsbilanzen geben uns noch in der kommenden Zeit viele Probleme auf – vor allem Bewertungsfragen.

Von der Treuhandanstalt kommen keinerlei sinnvolle Weisungen. Wir haben vor Ort „plein pouvoir“. Der Aufsichtsrat wird von uns zusammengestellt und die personelle Besetzung der Anteilseignervertreter nach Berlin gemeldet. Wir bestellen den Vorstand. Da wir montan-mitbestimmt sind, benennt die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie – sie hatte zwischenzeitlich die Nachfolge der entsprechenden FDGB-Gewerkschaft angetreten – diesen Mann. Bei diesem Vorgang wird klar, dass das Erbe der Wende nicht weitergetragen werden kann.

Die Reaktion auf die jahrzehntelange Gängelei durch SED und FDGB besteht in einer peinlichen Beachtung der demokratischen Spielregeln durch die in der Verantwortung stehenden Gewerkschafter im Betrieb. Demokratisierung bedeutet für sie dabei zweierlei: Dem vorhandenen technischen und dem betrieblichen Sachverstand Durchbruch zu verschaffen, vor allem aber, den Mehrheitswillen unverfälscht zur Geltung zu bringen. Solche Prinzipien kosten bei ihrer strikten Beachtung viel Zeit. Für viele Westdeutsche zuviel Zeit, für sie eher ein Zeichen von Entscheidungsschwäche der ostdeutschen Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre.

Hier prallen nach der Wende unterschiedliche Grundauffassungen von west- und ostdeutscher Gewerkschaftsarbeit frontal aufeinander. Die ostdeutschen Gewerkschafter, in ihrer Mehrheit frühere Kader des FDGB, treffen auf Funktionäre der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, die keineswegs basisorientiert sind. Das Zwischenspiel geht langsam zu Ende. Schrittweise übernimmt die Bochumer Industriegewerkschaft Bergbau und Energie die Macht. In ihren Vorstellungen ist kein Platz für Basisdemokratie.

Die IGBE setzt ihre westdeutschen Organisationsprinzipien durch. Das ist organisationspolitisch zwangsläufig. Auseinandersetzungen zwischen der Gewerkschaftszentrale und den ostdeutschen Gewerkschaftern im Betrieb hat die Entscheidung des Bundesvorstandes der IGBE in Bochum zur Folge, den amtierenden Arbeitsdirektor Wolfgang B. nicht zu bestätigen. Er wird durch den Kan-

didaten des Bundesvorstandes, einen ehemaligen MdB, ausgetauscht. Ein Ostdeutscher wird durch einen Westdeutschen ersetzt.

Das ist das durchgängige Muster bei den ostdeutschen Unternehmen, für die ich in diesen Jahren Verantwortung übernehme. So geschieht es auch an der Universität Rostock, wo ich seit Februar 1991 Woche für Woche mindestens vier Wochenstunden Vorlesungen und Seminare in den Bereichen Finanzwissenschaft und Europäische Integration durchführe. Dort ist es naheliegend, weil die entsprechenden Fächer (Marxismus-Leninismus, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Jura) Domänen der SED waren, auch wenn ihre westdeutschen Nachfolger nicht immer zur ersten Qualität gehörten.

In vielen Fällen ist allerdings diese westdeutsche Personalauswahl nicht erforderlich. So wird auch durch die Personalpolitik immer wieder der falsche, aber fatale Eindruck vermittelt, als gebe es so etwas wie einen westdeutschen „Imperialismus“. Einzelne Westdeutsche haben auch Schwierigkeiten, ihre materielle Gier in Grenzen zu halten. Die „Entdeckung“ von Wandlitz – wie dort die SED-Spitzen gelebt hatten – erschüttert die Menschen. Und so dürfen sich die Wessis nicht wundern, wenn sie kritisch beobachtet und ihre „Prachtbauten“ als „Klein-Wandlitz“ bezeichnet werden.

X.

In diesem ersten Jahr nach der Deutschen Einheit herrscht überall Optimismus. Das Jahresgutachten 1990/91 des Sachverständigenrates zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 15. 11. 1990 stellt fest: „Wenn alles gut läuft, kann sich die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern schon im Verlauf des Jahres 1991 zum Besseren wenden“. Oder: „Zu den wichtigsten Standortbedingungen gehört dabei das Leistungsvermögen der Menschen. Hier könnte für die neuen Bundesländer ein ins Gewicht fallender Standortvorteil liegen, was freilich voraussetzt, dass das vorhandene Potential erst einmal zur vollen Entfaltung gebracht und die Leistungsmotivation gestärkt werden: Dazu sind noch beträchtliche Anstrengungen nötig. Anreize muss nicht zuletzt eine Lohnstruktur setzen, bei der es sich auszahlt, mehr und Besseres zu leisten“.

Wenn selbst der Sachverständigenrat Ende 1990 zu einer derart falschen Prognose kommt, dann kann man Helmut Kohl nur bedingt den Vorwurf machen, er habe uns mit seinen „blühenden Landschaften“ Sand in die Augen streuen wollen. Heute fließen jährlich deutlich mehr als 80 Mrd. Euro netto von West nach Ost, rund 4 v. H. unseres Bruttoinlandproduktes. Was auch heute noch allzugern unterschlagen wird: Die DDR war im Jahre 1989 überschuldet, neue Kredite waren nur noch mit großen Schwierigkeiten zu erhalten. Die Sowjetunion war nicht bereit, wohl auch nicht in der Lage, zu helfen. Die DDR war

faktisch pleite. Das wussten die Oberen. Auch deshalb implodiert ohne großen Widerstand dieser Staat.

XI.

In der Lausitz kann sich niemand vorstellen, dass das energiepolitische Herz der DDR im vereinten Deutschland an Bedeutung verlieren wird. Die mir 1990 vom Vorstand der Energiewerke Schwarze Pumpe vorgelegten Prognosen erwarten selbst für den Brikettabsatz Zuwächse. Natürlich wird es Personalreduzierungen geben. 800 Parteifunktionäre sind bereits gefeuert worden. Doch die große Mehrheit wird bleiben. Und sie wird in den Genuss des westdeutschen Lohnniveaus kommen. 1991 steigt das Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer in der ostdeutschen Braunkohle aufgrund der abgeschlossenen Tarifverträge um 36 v. H., 1992 um weitere 45 v. H. Probleme haben viele Arbeitnehmer damit, dass nun in der ostdeutschen Braunkohle Lohnstrukturen nach westdeutschem Vorbild durchgesetzt werden, die den gleichmachenden Ideen der DDR nicht mehr entsprechen. Das schafft Ärger. Denn nun kommt es zu Lohndifferenzen, die es in diesem Umfang bisher nicht gab.

Doch die Entlassungswelle rollt an. Die drei Braunkohleunternehmen in der Lausitz verringern ihre Belegschaften 1991 und 1992 um 24 500 Arbeitnehmer. Und das ist erst der Anfang. Der Personalabbau wird allerdings über großzügige Abfindungen und Vorruhestandsregelungen abgefedert. Das kostet viele Milliarden. Doch nur so können ganze Jahrgänge mit einer Einkommensgarantie von etwa 80 % des bisherigen Nettoeinkommens in den „Vorruhestand“ bis zum Eintritt in das Rentenalter entlassen werden.

Es ist gesellschaftspolitisch mehr als problematisch, wenn ein ganzer Jahrgang mit 52 Jahren, materiell anständig versorgt, in den Vorruhestand geht und damit zum offiziellen Nichtstun verurteilt wird. Volkswirtschaftlich ist diese Politik eine Katastrophe. Wir setzen Milliardenbeträge ein, um jüngeren Menschen vorzeitig ihr Nichtstun zu finanzieren. Diese Milliarden fehlen uns, um durch die Senkung der Steuern und der Sozialabgaben unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, Forschung und Entwicklung finanziell zu fördern, unsere Infrastruktur in Ordnung zu halten. Erst jetzt wird diese Politik beendet.

Zu dieser Politik des materiell abgefederten Personalabbaus gab es dennoch keine Alternative, auch wenn sie unser Gemeinwesen mit großen Kosten belastet. Nur diese großzügige Politik verhindert in der Lausitz soziale Explosionen. Die Entlassenen sind zwar enttäuscht von den Konsequenzen der deutschen Einheit. Doch massive Proteste hat es nicht gegeben. Zumindest das ist bei einer vorläufigen Bilanz positiv zu vermerken. Andererseits muss darauf hingewiesen werden, dass ein vergleichbarer Personalabbau an Rhein und Ruhr selbst bei vorzüglichen Sozialplanregelungen zu einem „Aufstand“ geführt hätte. Und

dann hätten die Bonner gehandelt. Insofern gibt es schon bedeutende Unterschiede zwischen Ost und West.

XII.

Und damit stellt sich die Frage, warum die Arbeitnehmer diesen massiven Stellenabbau so passiv hingenommen haben. Vierzig Jahre hieß es: „Seid angepasst, ordnet Euch unter und Ihr werdet versorgt.“ Doch nun gilt: „Kümmert Euch selbst um Eure Belange, Ihr müsst sehen, wo Ihr bleibt“. Das aber gelingt den Arbeitnehmern nicht. Und „Führer“ für einen organisierten Widerstand fehlen auch. Die SED-isten sind diskreditiert. Die Neuen kommen aus dem Westen.

Einschneidende materielle Probleme haben die ehemaligen Braunkohle-Kumpel nicht, auch wenn es nicht für „große Sprünge“ reicht. Die durchschnittliche knappschaftliche Rente liegt in Ostdeutschland im Jahre 1993 bei 1 385,- DM. Die in der Lausitz für Altersrentner gezahlten Beträge sind ein gutes Stück höher. Vom März bis in den Spätherbst spielt die Datsche, ihr Schrebergarten, eine große Rolle. Mit den Gartenfreunden beim Bier werden die Alltagsprobleme durchdekliniert. Der Tag geht rum, ohne dass Gefühle der Einsamkeit und der Langeweile aufkommen. Im Winter sieht es dann schon anders aus. Dann spielen das Fernsehen, die Aktivitäten der Volks-Solidarität, aber auch der PDS-Ortsverein eine gewisse Rolle.

Aber dennoch fehlen ihnen vor allem die sozialen Kontakte, die sie mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes verloren haben. Das Kombinat war für sie mehr als nur ein „Brötchengeber“. Es war auch Lebensmittelpunkt, eine Quelle täglichen gemeinsamen Ärgers über die Funktionäre. Das gab viel Gesprächsstoff. Der fehlt heute. Der Kontakt ist abgerissen. Die Gewerkschaft hat sie, so sagen sie, abgeschrieben. Hier wird ein großer Unterschied zum Ruhrgebiet erkennbar. Dort spielen die Ortsgruppen der Gewerkschaft für die Rentner eine gewisse Rolle insbesondere auch für das politische Innenleben der SPD. Ganz anders im Osten. Die ehemaligen Kollegen haben sich kaum noch etwas zu sagen. Sie fühlen sich allein gelassen und entwurzelt. Freundschaften zerbrechen zwischen Arbeitslosen und Arbeitsbesitzern. Ehrenamtliche Arbeit hat kein Ansehen. Auch das ist eine Konsequenz der DDR-Vergangenheit. Der Staat hat die Vereine gesteuert. Selbstständigkeit und Kreativität waren verpönt. Diese Eigenschaften sind deshalb auch bei den Ostdeutschen unterentwickelt.

XIII.

Eine nostalgische Sehnsucht nach den DDR-Verhältnissen habe ich nicht feststellen können, insbesondere nicht bei den Jüngeren, meinen Studenten in Rostock. Sie sind inzwischen weitgehend in unserer Wirklichkeit angekommen. Doch die hohen Erwartungen zum Zeitpunkt der deutschen Einheit wurden nicht erfüllt. Die Distanz zu unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist bei denen besonders groß, deren Erwartungen insbesondere an den Arbeitsmarkt enttäuscht werden. Für sie soll der Staat alles richten, auch wenn er das objektiv nicht kann. Da schimmert DDR-Erbe durch. Wahlerfolge der PDS sind kein Zeichen für eine Rückwendung. CDU und SPD wird wenig zugetraut; und das ist nicht nur in Ostdeutschland so.

Im Übrigen macht der Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2004 vom 24.9.2004 deutlich, dass es in Ostdeutschland auch positive Entwicklungen gibt. Der Re-Industrialisierungsprozess kommt gut voran, insbesondere im Bereich der technologisch fortgeschrittenen Produktionen. Der Tourismus ist eine Erfolgsstory. Eine Reihe von Regionen schließt zu Westdeutschland auf. Die Lohnstückkosten haben sich in beiden Teilen angeglichen. Der Osten ist weder ein hoffnungsloser Fall noch abgeschrieben.